

bdvb zu Gast im BMBF

bdvb-Vizepräsident Bodo Wißkirchen und Geschäftsführer Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger diskutierten mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Stefan Müller MdB über die Perspektiven der ökonomischen Allgemeinbildung in Deutschland.

Der bdvb versteht sich nicht als „Lobby“ – jedenfalls nicht zugunsten einer bestimmten Interessengruppe auf Kosten der Allgemeinheit. Trotzdem vertritt der Verband die Meinung der Ökonomen und verschafft sich auch in der Politik Gehör. Am 30. Mai 2017 hatten Vizepräsident Bodo Wißkirchen und Geschäftsführer Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger dazu die beste Gelegenheit: Im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) kamen sie mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Stefan Müller MdB zusammen, um die Online-Petition (Unterschriftensammlung) des bdvb für das Pflichtschulfach Wirtschaft vorzustellen.

„Wirtschaft“ muss ein Pflichtfach sein – für alle Schülerinnen und Schüler in allen Bundesländern, so die Forderung des bdvb, die von zahlreichen Verbänden und Organisationen mitgetragen wird. Müller zeigte sich dem Thema gegenüber sehr aufgeschlossen, musste zugleich aber auf die Zuständigkeit der einzelnen Bundesländer verweisen. Der deutsche Bildungsföderalismus sei nicht nur eine unverrückbare politische Gegebenheit, sondern habe auch sachliche Vorteile, die gegen eine Zentralisierung sprechen. Ein möglicher Mittelweg könne langfristig vielleicht darin bestehen, bundesweite Standards oder ein Zentrallabor einzuführen.

Umso erfreulicher, dass bereits am Tag nach dem Gespräch eine Erfolgsmeldung aus Nordrhein-Westfalen zu vernehmen war: Schon in der zweiten Runde der Koalitionsverhandlungen einigten sich CDU und FDP auf die Einführung des Schulfachs „Wirtschaft“ an weiterführenden Schulen.

Der bdvb wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass „Wirtschaft“ als Pflichtfach ausgestaltet und eine entsprechende Qualifikation des Lehrpersonals gewährleistet wird. „Bildung ist nach unserem Kulturverständnis ein Selbstzweck, dient aber zugleich auch dem Erwerb und der



Erhaltung von Fähigkeiten, die zum Wohlstand und zum Fortschritt des einzelnen Menschen und der Gesellschaft insgesamt beitragen“, heißt es im Petitionstext des bdvb. „Schüler und Schülerinnen sind auf ihre berufliche Laufbahn vorzubereiten, zugleich aber auch zur Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung zu befähigen. Beides setzt Kenntnisse über ökonomische Zusammenhänge voraus.“

Die Petition „Schulfach Wirtschaft in allen Bundesländern“ kann bis zum 15.09.2017 online oder handschriftlich unterzeichnet werden. Die Unterzeichnung ist auf Wunsch anonym möglich. Papier-Unterschriftenbögen sind in der Geschäftsstelle unter Tel. 0211 371022 erhältlich. Internet: www.openpetition.de!/schulfachwirtschaft

